

Niederschrift

über die 17. Sitzung des Sozialausschusses am 30.11.2017
(10. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Vorstellung der Arbeit von Meerbusch hilft e.V und Flüchtlingshilfe Meerbusch Büderich - In der Sitzung wird berichtet	4
3 Verlängerung der Vereinbarung mit dem Sozialdienst Kath. Männer e.V. Vorlage: FB2/0713/2017	6
4 Zweites Brückenprojekt des Vereins "Meerbusch hilft e. V." Vorlage: FB2/0210/2017	7
5 Haushalt 2018 zum Produkt 050	7
6 Anträge	12
7 Anfragen	12
7.1 Anfrage der SPD-Fraktion zur Grundsicherung Vorlage: FB2/0098/2017	12
8 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	12
9 Termin der nächsten Sitzung - Mittwoch, den 14.02.2018	13
10 Verschiedenes	13

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Frau Marlies Homuth-Kenkliès Ratsmitglied

Frau Nicole Joliet-Heising Sachkundige Bürgerin

Herr Bernd Parys Ratsmitglied

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied

Herr Peter Vossen Sachkundiger Bürger

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Frau Margret Abbing Ratsmitglied

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied

Frau Barbara Büchner Sachkundige Bürgerin Vertretung für Frau Katja Schulz

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Guido Fliege Ratsmitglied

Herr Joris Mocka Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Herr Josef Gather Sachkundiger Bürger

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marc Becker Ratsmitglied

Vertreter für Herrn Gerd Dieter Hünsele

Beratendes Mitglied

Herr Oswald Hepner Seniorenbeirat

Vertreter für Güllmann, Albert

Beratende Mitglieder

Herr Dr. Lothar Chaillié Behindertenbeauftragter

Herr Wilfried Pahlke Wohlfahrtsverbände

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Peter Annacker Bereichsleiter Fachbereich 2

Frau Beatrix Dreyer Fachbereich 2

Schriftführerin

Frau Michaela Kümmel Fachbereich 2

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Frau Helga Hermanns

Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Frau Katja Schulz

Ratsmitglied

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Gerd Dieter Hünseler

Ratsmitglied

Beratende Mitglieder

Herr Albert Güllmann

Seniorenbeirat

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Ausschussvorsitzende alle Anwesenden sowie die Gäste und stellt die ordnungsgemäße und fristgerechte Ladung zur Sitzung dieses Ausschusses fest.

Anträge zur Tagesordnung gibt es nicht.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen

2 Vorstellung der Arbeit von Meerbusch hilft e.V und Flüchtlingshilfe Meerbusch Büderich - In der Sitzung wird berichtet

Die Büdericher Flüchtlingshilfe und der Verein Meerbusch hilft e.V. stellen dem Ausschuss ihre Arbeit vor.

Frau Slawski-Haun führt für die Büdericher Flüchtlingshilfe aus, dass sie die Bereiche Sprachförderung, Integration ins Arbeitsleben, Ausstattung mit Fahrrädern, die Montags-Sprechstunde sowie Patenschaften mit ca. 45 Ehrenamtlern bedienen würde. Zielgruppe seien alle Flüchtlinge, unabhängig von ihrem Status und ihrer Bleibeperspektive. Auch unabhängig davon, ob sie in städtischen Einrichtungen untergebracht seien oder in eigenen, angemieteten Wohnungen.

Frau Slawski-Haun konstatiert, dass es immer mehr zu Betreuende gäbe und auch die Komplexität der Betreuung zunähme. Dies erfordere immer wieder eine zeitliche, räumliche und individuelle Anpassung des Angebotes.

In der Sprachförderung würden sowohl Erwachsene aus den Integrationskursen als auch Kinder aus der Grundschule betreut, die ansonsten, aufgrund der fehlenden Sprachkenntnisse, ihren jeweiligen Bildungsangeboten nicht folgen könnten.

Bei den Patenschaften handele es sich um individuelle Einzelfallbetreuungen, bei denen der Betreute bei Gängen zum Amt, bei der Wohnungssuche, bei Umzügen oder der Inanspruchnahme von Handwerkerleistungen begleitet und unterstützt würde. Aktuell bestünden 22 Patenschaften mit ca. 50 betreuten Flüchtlingen. Ihnen soll mit diesen Patenschaften Hilfe zur Selbsthilfe gegeben werden. Dies dauere aber oftmals länger als erwartet.

Die gesamte Finanzierung laufe über Spenden, Zuschüsse aus den Landesprogrammen und die Unterstützung durch die Rotarier. Einmal im Monat bestehe ein „Jour Fix“, zu dem sich die beteiligten Ehrenamtler zum Erfahrungsaustausch trafen.

Frau Slawski-Haun betont die gute Zusammenarbeit auf der Arbeitsebene mit der Stadtverwaltung, wünsche sich aber mehr Kommunikation und Zusammenarbeit mit der Politik und der Verwaltungsführung. Ebenso wünsche sie sich Unterstützung bei Kontakten zum Jobcenter und zur GWH. Sie hält die Einführung eines Runden Tisches unter Beteiligung von Vertretern des Jobcenters, der GWH, der Politik und der Verwaltung für wünschenswert. Außerdem fehle es an einem geeigneten Raum, der als dauerhafte Anlauf- und Begegnungsstelle für die Flüchtlinge genutzt werden könne.

Der Vorsitzende Herr Focken bedankt sich für den Vortrag, ausdrücklich auch für das großartige Engagement der Ehrenamtler.

Im Anschluss trägt Frau Uhl für den Meerbusch hilft e.V. vor. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Auch hier bedankt sich der Ausschussvorsitzende für den Vortrag, ebenso ausdrücklich für das großartige Engagement der Ehrenamtler, welches nicht hoch genug geschätzt werden könne. Im Anschluss bittet er um Fragen aus dem Ausschuss zu den Vorträgen.

Herr Dr. Chaillié bittet um Information, wann der wöchentliche Begegnungsabend im JuCa stattfinden würde. Frau Uhl teilt in Beantwortung dieser Frage mit, dass er immer dienstags von 19 bis 22 Uhr stattfindet.

Ausschussmitglied Herr Fliege bedankt sich ausdrücklich für die gute Arbeit und das große Engagement der Ehrenamtler. Er bittet Frau Uhl um Klärung, ob es nicht zu Arbeitsüberschneidungen mit der Wohnungsnothilfe käme, wenn sich sowohl Meerbusch hilft als auch die Wohnungsnothilfe mit der Vermittlung der Flüchtlinge in Wohnraum befassen würden. Frau Uhl weist sehr deutlich darauf hin, dass eine enge Abstimmung mit der Wohnungsnothilfe erfolge, damit genau dies nicht passiere. Man sei deswegen in ständigem Kontakt.

Ratsfrau Niegeloh drückt sodann ihre Hochachtung und den besonderen Dank für beide Organisationen aus. Sie bittet um Information, wie viele Ehrenamtler jeweils tätig seien, wie sich das Ehrenamt-Forum in die Hilfeleistung einbringe und warum die Kirchen keine geeigneten Räumlichkeiten für die Flüchtlingshilfe Buderich anbieten würden.

Frau Slawski-Haun gibt ca. 45 Ehrenamtler für die Flüchtlingshilfe Buderich an und Frau Uhl für den Verein Meerbusch hilft e.V. ca. 400 Ehrenamtler.

Das beratende Mitglied Herr Pfarrer Pahlke verweist darauf, dass das Ehrenamt-Forum seitens der Stadt seit Mitte 2016 nicht mehr bezuschusst und nur noch 8 Stunden wöchentlich seitens der Diakonie gestellt würde. Was unter diesen Voraussetzungen leistbar wäre, würde angeboten.

Bezüglich der Räumlichkeiten führt Herr Pfarrer Pahlke aus, dass Frau Slawski-Haun ein kostenloses Büro in der Christuskirche unterhalte. Grundsätzlich hätten jedoch auch die Kirchengemeinden eigene Begegnungsangebote in ihren Programmen. Hier müsse man ggf. ins Gespräch kommen.

Ratsherr Wartchow lobt ausdrücklich die tolle Arbeit der ehrenamtlich Tätigen und unterstreicht das große Engagement auch an den Wochenenden. Er schlägt die AWO-Begegnungsstätte als mögliche Räumlichkeit vor. Dies wird von Frau Slawski-Haun rigoros abgelehnt, da sie eine Altentagesstätte nicht für einen geeigneten und ansprechenden Rahmen für eine Begegnungsstätte für junge Flüchtlinge ansähe. Dieser Rahmen sei für die Zielgruppe nicht attraktiv genug.

Des Weiteren bittet Ratsherr Wartchow um eine Angabe zur Verteilung der von Meerbusch hilft e.V. Betreuten in Deutsche und Menschen mit Migrationshintergrund.

Herr Thorand gibt die Verteilung der Betreuten mit ca. 35-40 % Deutschen und 60-65 % mit Migrationshintergrund an.

Ratsmitglied Frau Pricken betont den riesigen Zeitaufwand, den die Ehrenamtler von Meerbusch hilft e.V. erbringen und lobt den unglaublich beeindruckenden Einsatz.

Ausschussmitglied Herr Fliege möchte wissen, warum es zu keiner Erhöhung der Mittel für die Wohnungsnothilfe bei der entsprechenden Beratung im Ausschuss gekommen sei. Hierzu verweist Erster Beigeordneter Maatz auf die Beratungsvorlage aus Februar 2017 und den entsprechenden Beschluss dieses Ausschusses, auf eine Aufstockung der Mittel zu verzichten.

Die Ratsmitglieder Berthold und Becker bedanken sich ebenfalls ausdrücklich bei den Ehrenamtlern und loben das unermüdliche Engagement. Herr Becker betont, dass sie staatliche Aufgaben übernehmen und man sich der Gefahr des Ausbrennens der Helfer immer bewusst sein solle.

Ausschussmitglied Frau Abbing möchte wissen, inwieweit die Verwaltung bei den Problemen mit der GWH hilfreich sein könne.

Erster Beigeordneter Maatz stellt klar, dass ein Austausch mit den Ehrenamtlern erfolge und wann immer es die Situation erfordere, reagiere die Verwaltung und regele Dinge.

Ratsherr Berthold äußert die Bemerkung, dass die Verwaltung auch negative Erfahrungen mit der GWH gemacht habe. Zudem stellt er zur Diskussion, ob es nicht sinnvoll sei, ein eigenes Integrationskonzept aufzustellen.

Der Vorsitzende Herr Focken weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass ein Integrationskonzept für Meerbusch von diesem Ausschuss mehrheitlich abgelehnt worden sei und ein Anschluss an das Integrationskonzept des Rhein-Kreises Neuss beschlossen worden sei.

Beratendes Mitglied Herr Heppner möchte wissen, was passiert, wenn die nächsten Wohnungen aus der sozialen Bindung herausfallen. Herr Maatz stellt klar, dass der Rat der Stadt Meerbusch durchaus auf das Problem der mangelnden Sozialwohnungen reagiert habe, indem aktuell eine rege Bautätigkeit in diesem Bereich zu verzeichnen sei. Der bestehende Mangel sei nicht auf die Arbeit der Sozialverwaltung zurückzuführen. Hier stehe Meerbusch interkommunal in der Qualität der Arbeit durchaus führend da.

In Bezug auf das Thema Integrationskonzept stellt der Erste Beigeordnete klar, dass die Haushaltsberatungen nicht der geeignete Rahmen für dieses komplexe Thema sei. Man könne es gerne zu einem anderen Zeitpunkt erneut aufgreifen.

Der Ausschussvorsitzende Herr Focken unterstützt diese Haltung.

3 Verlängerung der Vereinbarung mit dem Sozialdienst Kath. Männer e.V. Vorlage: FB2/0713/2017

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Vereinbarung über die Schuldner- und Insolvenzberatung mit dem Sozialdienst Katholischer Männer Neuss e.V. unbefristet abzuschließen. Die Vereinbarung verlängert sich jeweils für ein weiteres Kalenderjahr, wenn diese nicht bis zum 30.09. des Vorjahres gekündigt wird.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG			1
DIE LINKE/Piraten	1		
Gesamt:	15		1

Der Erste Beigeordnete Herr Maatz begrüßt Herrn Simons als Vertreter der Schuldnerberatung des SKM und weist darauf hin, dass bei Bedarf gerne Fragen an Herrn Simons gerichtet werden können. Im Folgenden stellt Herr Maatz die Beratungsvorlage und den Beschlussvorschlag vor.

Ratsfrau Pricken unterstützt den Vorschlag vehement und weist auf die nötige Planungssicherheit für den SKM hin.

Ausschussmitglied Frau Niegeloh möchte von Herrn Simons wissen, ob es so sei, dass die Mittelschicht mittlerweile auch immer weiter in die Verschuldung rutsche. Herr Simons verweist darauf, dass diese Feststellung aus dem aktuellen Schuldneratlas stamme. Für Meerbusch sei dies aber schon immer so gewesen. Er verweist auf viele ehemalige Selbständige in seiner Beratung.

Ratsherr Berthold bittet um einen ausführlichen Bericht des SKM für das nächste Jahr im Sozialausschuss.

Ausschussmitglied Herr Gather verweist auf den Antrag zur Mittelkürzung unter TOP 5.

4 Zweites Brückenprojekt des Vereins "Meerbusch hilft e. V." Vorlage: FB2/0210/2017

Fachbereichsleiter Herr Annacker stellt die Vorlage vor und führt im Weiteren aus, dass das Land voraussichtlich auch für 2018 die notwendigen Mittel zur Verfügung stelle. Er betont die Wichtigkeit dieses Projektes, da für den betroffenen Personenkreis die hier üblichen Kinderbetreuungskonzepte gänzlich unbekannt seien und über dieses Projekt eine gute Heranführung sowohl der Kinder als auch der Eltern erfolge.

Ausschussmitglied Herr Berthold erfragt erneut die Zahlen von Flüchtlingskindern in den Kindertagesstätten. Herr Annacker erklärt hierzu, dass es bei der Erfassung der Kindertagesstätten-Kinder kein abrufbares Merkmal gäbe, was die Eigenschaft als Flüchtling erfasse. Somit könne man die Anzahl nur grob schätzen. Aufgrund manueller Erfassung gehe man zurzeit von ca. 17 Kindern mit Flüchtlingsstatus aus.

5 Haushalt 2018 zum Produkt 050

Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss und dem Rat, den Entwurf des Haushaltes 2018 für den Produktbereich 050, exklusive des Produktes 050 341 010 – Unterhaltsvorschuss, zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
DIE LINKE/Piraten	1		
Gesamt:	13	3	

Im Einzelnen werden die Produkte wie folgt besprochen:

Produkt 050.311.010 – Soziale Hilfen

Keine Fragen oder Anträge zu diesem Produkt.

Produkt 050.312.010 - Jobcenter

Der Vorsitzende bittet lediglich um Anpassung des Erläuterungstextes, ansonsten keine Fragen oder Anträge zu diesem Produkt.

Produkt 050.313.010 – Soziale Hilfen für AsylbewerberBeschluss:

Vertagung der Abstimmung zum Antrag des Meerbusch hilft e.V. über die Aufstockung der Projektmittel um weitere 33.000,- € in den Haupt- und Finanzausschuss am 07.12.2017.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
DIE LINKE/Piraten	1		
Gesamt:	16		

Zu diesem Produkt liegt der Antrag des Vereins Meerbusch hilft e.V. über die Aufstockung der Projektmittel um weitere 33.000,- € vor.

Ratsfrau Niegeloh stellt zu Beginn die Frage, ob der Antrag so als formgerecht gestellt zu betrachten sei. Hierzu führt Erster Beigeordneter Maatz aus, dass der Antrag ordnungsgemäß an die Bürgermeisterin gerichtet wurde. Sie dürfe nach der gültigen Gemeindeordnung den Antrag an das zuständige Gremium weiterleiten, was sie mit der Übermittlung an den Sozialausschuss getan habe. Der Erste Beigeordnete betont in diesem Zusammenhang, dass die Bürgermeisterin mit dieser Vorgehensweise ihre besondere Wertschätzung für die Arbeit des Vereins ausdrücke.

Im Folgenden beantragt Frau Niegeloh die geheime Abstimmung über diesen Antrag.

Ausschussmitglied Herr Berthold führt aus, dass die Fraktion gerne eine Stellungnahme der Verwaltung zu diesem Antrag gehabt hätte und betont, dass er so über den Antrag nicht abstimmen möchte. Er beantragt die Vertagung der Abstimmung in den Haupt- und Finanzausschuss.

Ratsherr Mocca sieht die Notwendigkeit für diesen Antrag und unterstützt den Antrag auf Vertagung der Entscheidung.

Ausschussmitglied Herr Wartchow erklärt, er erwarte eine Stellungnahme der Verwaltung zu diesem Antrag. Erster Beigeordneter Maatz stellt klar, dass die Verwaltung anwesend sei und betont nochmals, dass die Übertragung der Entscheidung über den Antrag in diesen Ausschuss die besondere Wertschätzung der Bürgermeisterin für die geleistete Arbeit des Vereins ausdrücke. Gleichzeitig betont er die Zulässigkeit einer geheimen Abstimmung.

Ratsherr Berthold möchte nochmals die Vertagung beantragen. Diesem Antrag schließt sich Ratsmitglied Fliege an und betont die Wichtigkeit, Mehrheiten für diesen Antrag zu finden.

Zur Beratung der Fraktionen wird der Ausschuss hier 10 Minuten - von 19.05 bis 19.15 Uhr – unterbrochen. Nach der Unterbrechung erfolgt die Abstimmung zur Vertagung. Aufgrund der Vertagung ist die Abstimmung über den Antrag auf eine geheime Wahl hinfällig.

Produkt 050.315.010 – Ü-Heime für Aussiedler und Asylbewerber

Keine Fragen oder Anträge zu diesem Produkt.

Produkt 050.315.020 – Einrichtungen für Wohnungslose

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Unterbringung der Wohnungslosen zu erstellen, unter Berücksichtigung der hierfür notwendigen Betreuung.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
DIE LINKE/Piraten		1	
Gesamt:	3	13	

Ratsmitglied Frau Niegeloh führt zu dem Antrag aus, dass die Stadt die Verpflichtung habe, Obdachlose unterzubringen. Der Zustand der städtischen Wohnungen Strümper Straße sei in Bezug auf Infrastruktur und Heizung indiskutabel für die dort untergebrachten Personen. Alles entspräche nicht mehr der Höhe der Zeit. Hier sähe sie dringenden Handlungsbedarf, deswegen der Auftrag zur Konzepterstellung.

Erster Beigeordneter Maatz stellt klar, dass es sich bei der Wohnungslosigkeit um einen temporären Zustand handele. Er verweist auf seine Ausführungen zum gleichlautenden Antrag im letzten Jahr. Auffällig sei in Meerbusch, dass die in der Einrichtung Strümper Straße untergebrachten Personen sehr lange Aufenthaltszeiten dort hätten. Dies spräche für sich. Seitens der Verwaltung sähe er keinen Handlungsbedarf.

Produkt 050.331.010 – Förderung von anderen Trägern der WohlfahrtspflegeBeschluss:

Halbierung des Zuschusses SKM-Schuldnerberatung.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD		3	
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG	1		
DIE LINKE/Piraten		1	
Gesamt:	1	15	

Ratsmitglied Wartchow weist darauf hin, dass die Verbraucherzentralen aus Landesmitteln finanziert würden und damit indirekt auch nicht kostenfrei seien. Er sieht hier die Stadt in der Verantwortung, die notwendigen Mittel für dieses wichtige Beratungsangebot selber aufzubringen.

Erster Beigeordneter Maatz führt zusätzlich aus, dass eine Recherche bei der Stadt Düsseldorf ergeben habe, dass seitens der Stadt Düsseldorf sehr wohl auch Zuschüsse an die Verbraucherzentrale zur Bereitstellung des Beratungsangebotes vor Ort gezahlt würde.

Ausschussmitglied Herr Becker betont die dringende Notwendigkeit der Beibehaltung der Unterstützung der Schuldnerberatung, insbesondere da dieses Angebot kostenfrei für die Ratsuchenden sei, präventiv wirke und vor Ort in Meerbusch vorgehalten würde.

Produkt 050.351.010 – Sonstige Soziale LeistungenBeschluss:

Erhöhung des Ansatzes zur erneuten Durchführung einer Seniorenmesse.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
DIE LINKE/Piraten	1		
Gesamt:	4	12	

Ausschussmitglied Frau Niegeloh verweist in den Ausführungen zu dem Antrag darauf, dass die Seniorenmesse bisher im 2-Jahres-Rhythmus durchgeführt worden sei, aber in 2017 eben nicht. Sie sähe hier einen großen Bedarf und fände auch das Interesse der gewerblichen Anbieter gut und wünschenswert. Sie gehe von einem großen Bedarf und Interesse für diese Messe aus.

Das beratende Mitglied Herr Hepner sieht auch den Bedarf für diese Messe, regt jedoch an, die Durchführung beim Stadtmarketing anzudocken.

Ratsfrau Pricken betont den ungeheuren Aufwand seitens des Fachbereiches, um diese Messe zu organisieren.

Fachbereichsleiter Herr Annacker erklärt, wie gerne der Fachbereich diese Messe ausgerichtet habe, verweist aber auch auf den gerechtfertigten Anspruch der gewerblichen Anbieter. Dieser sei wiederum untrennbar mit gehobeneren Ansprüchen und zusätzlichem Aufwand an die Gestaltung einer solchen Messe gekoppelt. Das sei für den Fachbereich in der Organisation in Eigenregie jedoch nicht leistbar.

Ratsherr Wartchow führt aus, dass im Bereich solcher Messen Professionalität gefragt sei. Außerdem gäbe es seiner Ansicht nach genug gleichgelagerte Angebote in NRW, allein im nächsten halben Jahr seien sechs Messen zum Thema Senioren geplant. Auch er halte eine Übertragung der Aufgabe an das Stadtmarketing für überlegenswert.

Erster Beigeordneter Maatz stellt zudem klar, dass eine Anmietung zum Beispiel des Böhler Areals für die Durchführung einer solchen Messe zu teuer sei und seitens der Stadt nicht finanzierbar wäre. Zudem täte es der Sache nicht gut, auf ein bestimmtes Niveau zu verzichten.

Beschluss:

Erhöhung des Ansatzes zur Information von Bürgern, die Grundsicherung beantragen können.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird zurückgezogen.

Ratsfrau Niegeloh fasst hier den Antrag zum Haushalt sowie die Anfrage der SPD zur Grundsicherung zusammen. Sie sieht das Problem, dass immer noch Menschen unserer Gesellschaft durch das Raster fielen aus Scham, Unwissenheit oder einfach, weil sie von falschen Annahmen ausgingen. Sie möchte wegkommen von der sogenannten „Komm“-Struktur der Hilfen, durch mehr Informationsveranstaltungen, Anschreiben an Betroffene oder Informationen in der Presse.

In Beantwortung dieser Ausführungen verweist der Fachbereichsleiter Herr Annacker auf die stetig steigenden Antragszahlen in der Grundsicherung. Dies spräche nicht für fehlende Kenntnisse der Betroffenen. Zudem verweist er auf das Mobile Beratungsbüro, welches bedauerlicherweise wieder eingestellt werden musste, weil es keine ausreichende Nutzung erfahren habe. Es würden aktuell auf Wunsch auch Hausbesuche zur Beratung und ggf. Antragsaufnahme sowohl im Bereich der Grundsicherung als auch im Bereich der Hilfe zur Pflege durchgeführt. Des Weiteren sei der zukünftige Internetauftritt der Stadtverwaltung auch noch niederschwelliger geplant als bisher.

Ratsmitglied Herr Fliege regt an, die Ehrenamtler vom Verein Meerbusch hilft e.V. ebenfalls für dieses Thema zu sensibilisieren.

Beratendes Mitglied Herr Hepner konstatiert, dass die Beratungsstunden für Senioren wenig genutzt würden. Betroffene, wie Frau Niegeloh sie meine, seien oft in der Seele verletzt und würden sich generell nur schwer öffnen. Das mache es sehr schwierig, diese Menschen überhaupt zu erreichen.

Ausschussmitglied Frau Niegeloh schlägt eine Serienbriefaktion an alle Meerbuscher über 65 Jahre vor, in der das Leistungsangebot der Grundsicherung vorgestellt werde. Die Ausschussmitglieder Herr Becker und Herr Fliege halten eine solche Aktion nicht für zielführend.

Abschließend regt der Fachbereichsleiter Herr Annacker an, dieses Thema noch einmal im Seniorenbeirat aufzugreifen und dort ggf. sinnvolle, niederschwellige Angebote zu initiieren.

Ratsfrau Niegeloh zieht daraufhin den Antrag zurück.

Ausschussmitglied Herr Becker weist darauf hin, dass seine Fraktion eigentlich einen Antrag über 20.000,- € zur Bezuschussung des Sozialtickets einstellen wollte. Aufgrund der knappen Zeit wird der Vorschlag jedoch erst im Haupt- und Finanzausschuss vorgetragen werden.

Der Teilfinanzplan zu den Leistungen nach dem SGB XII wird zur Kenntnis genommen.

6 Anträge

Keine Anträge

7 Anfragen

Keine Anfragen

7.1 Anfrage der SPD-Fraktion zur Grundsicherung Vorlage: FB2/0098/2017

Diese Anfrage wurde unter TOP 5 bei den Haushaltsberatungen mit abgewickelt.

8 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Erster Beigeordneter Maatz berichtet von der Implementierung des Präventionsprogrammes „Wegweiser“ im Rhein-Kreis Neuss. Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wolle das Projekt „Wegweiser“, welches bereits als Präventivprogramm des Ministeriums des Innern NRW und örtlicher Partner gegen gewaltbereiten Salafismus bekannt sei, kreisweit im Rhein-Kreis Neuss etablieren. Im Rahmen der Implementierung und Durchführung des Programms sollen die Städte und Gemeinden der Kreisgemeinschaft eingebunden werden. Bisher sei der Sachstand so, dass die Städte Neuss, Grevenbroich und Dormagen mit je einem Ansprechpartner an den Sitzungen des Implementierungskreises auf Arbeitsebene teilnahmen, weil es sich um große Städte im Kreisverbund handele, die von der Thematik betroffen seien. Die übrigen Städte und Gemeinden des Rhein-Kreises Neuss würden im Rahmen der Sozialdezernentenkonferenzen und im Arbeitskreis Sozialämter über den Fortgang der Implementierung und Durchführung des Programms „Wegweiser“ unterrichtet und auf dem Laufenden gehalten werden.

Ratsmitglied Herr Fliege verweist auf die bereits erfolgreiche Durchführung des Programmes bei der Stadt Düsseldorf.

9 Termin der nächsten Sitzung - Mittwoch, den 14.02.2018

Es handelt sich bei diesem Termin um eine gemeinsame Sitzung mit dem Jugendhilfeausschuss. Diese findet voraussichtlich in der Aula der städtischen Realschule Osterath, Görresstraße 6 in 40670 Meerbusch statt.

10 Verschiedenes

Ausschussmitglied Herr Mocca bittet für eine der nächsten Sitzungen um eine Auflistung der Dinge, die durch die Mittelreduzierung nicht mehr durch das Ehrenamt-Forum durchgeführt würden.

Ratsfrau Pricken bittet ebenfalls für eine der nächsten Sitzungen um eine Sachstandsmitteilung zum Umbau des Malteserheimes und einen neuen Bericht zum Thema Flüchtlinge.

Ausschussmitglied Herr Berthold möchte Zahlen zu den aktuellen Zuweisungen.

In Beantwortung dieser Anfrage führt der Fachbereichsleiter Herr Annacker aus, dass aktuell keine Zuweisungen erfolgten, da Meerbusch eine Quote von 102 % erreicht habe und damit oberhalb des Solls liege. Zuweisungen von Flüchtlingen mit Wohnsitzauflage kämen erst in der Zukunft.

Ratsfrau Niegeloh verweist auf den Aktionstag „Gewalt gegen Frauen“. Frauen seien besonders im häuslichen Bereich der Gewalt ausgesetzt. Da Meerbusch kein eigenes Frauenhaus und keine Beratungsstelle habe, bitte sie für eine der nächsten Sitzungen um eine Darstellung der Hilfsmöglichkeiten und Ansprechpartner im Meerbuscher Umfeld zu diesem Themenkreis.

Meerbusch, den 14. Dezember 2017

Hans Günter Focken
Ausschussvorsitzender

Michaela Kümmel
Schriftführer/in